

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Stark (Die Linke)

und

Antwort

des Thüringer Ministeriums für Soziales, Gesundheit, Arbeit und Familie

Auswirkungen der neuen Richtlinie Schulsozialarbeit (2026 bis 2030) auf Finanzierung, Bedarfsdeckung und freie Träger in Thüringen – Teil I

Mit der Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen an örtliche Träger der öffentlichen Jugendhilfe für Vorhaben der Schulsozialarbeit vom 14. Januar 2026 wurde die Landesförderung der Schulsozialarbeit in Thüringen neu geregelt. Gegenüber der vorherigen Richtlinie vom 9. November 2022 enthält die neue Richtlinie insbesondere Änderungen bei Finanzierungsart, Eigenanteilen, Weiterleitungsverhältnissen, Bemessung des Förderhöchstbetrags, Verwendungsnachweisen und Zielerreichungskontrolle. Nach der neuen Richtlinie beteiligt sich das Land an den zuwendungsfähigen Ausgaben mit bis zu 90 Prozent; Landkreise und kreisfreie Städte müssen sich mit mindestens zehn Prozent beteiligen.

Das **Thüringer Ministerium für Soziales, Gesundheit, Arbeit und Familie** hat die **Kleine Anfrage 8/2633** vom 29. Mai 2026 namens der Landesregierung mit Schreiben vom 16. Juli 2026 beantwortet:

1. Welche wesentlichen inhaltlichen, finanziellen und verfahrensrechtlichen Änderungen enthält die Richtlinie Schulsozialarbeit 2026 bis 2030 gegenüber der Richtlinie vom 9. November 2022, insbesondere hinsichtlich
 - a) Finanzierungsart,
 - b) möglicher Vollfinanzierung beziehungsweise Anteilsfinanzierung,
 - c) verpflichtender Eigenmittel,
 - d) Bemessung des Förderhöchstbetrags,
 - e) Weiterleitung an Letztempfänger,
 - f) Verwendungsnachweis und Controlling sowie
 - g) förderfähiger Personal-, Sach-, Honorar- und Overheadausgaben?

Antwort:

Die Förderrichtlinie „Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen an örtliche Träger der öffentlichen Jugendhilfe für Vorhaben der Schulsozialarbeit“ wurde am 14. Januar 2026 unterzeichnet und trat rückwirkend zum 1. Januar 2026 in Kraft. Gegenüber der Förderrichtlinie vom 9. November 2022 haben sich, entsprechend der Fragestellung, folgende Änderungen ergeben:

- a) Die Finanzierungsart wurde in eine Anteilsfinanzierung geändert (vorher Festbetragsfinanzierung).
- b) Die Anteilsfinanzierung wurde in einem Verhältnis von 90 Prozent Landesmittel zu zehn Prozent kommunale Mittel ausgestaltet. Eine Vollfinanzierung durch Landesmittel ist im Rahmen der Neufassung der Förderrichtlinie aufgrund der Regelungen der Thüringer Landeshaushaltsordnung und der hierzu erlassenen Verwaltungsvorschriften ausgeschlossen.
- c) Die kommunalen Mittel müssen mindestens zehn Prozent der zuwendungsfähigen Gesamtausgaben betragen (verpflichtender Eigenanteil).

- d) Bei der Bemessung des Förderhöchstbetrags wurden keine Veränderungen vorgenommen.
 - e) Bei der Weiterleitung der Fördermittel wurden keine Veränderungen vorgenommen.
 - f) Die Regelungen des Verwendungsnachweises wurden nach den Vorgaben der Thüringer Landeshaushaltsordnung und den dazu erlassenen Verwaltungsvorschriften angepasst. Das Controlling der Förderrichtlinie wurde um den Parameter der Zufriedenheit mit den Angeboten der Einzelfallberatung, der Gruppenarbeit und der Beratung von Eltern, Lehrerinnen und Lehrern sowie weiteren an der Schule tätigen Personen ergänzt.
 - g) Bei den förderfähigen Personalausgaben wurde eine Höchsteingruppierung der Fachkräfte der Schulsozialarbeit neu aufgenommen, die Sachausgaben wurden abschließend in der Förderrichtlinie definiert und die Honorarausgaben an die jeweils aktuelle Honorarstaffel des Ministeriums für Soziales, Gesundheit, Arbeit und Familie gebunden. Die Förderfähigkeit der Overheadausgaben ist mit der Neufassung der Förderrichtlinie ausschließlich für Fachkräfte bei freien Trägern der Jugendhilfe vorgesehen.
2. Aus welchen fachlichen, haushalterischen und rechtlichen Gründen hat die Landesregierung die Förderung der Schulsozialarbeit ab dem Jahr 2026 so ausgestaltet, dass Landkreise und kreisfreie Städte einen Eigenanteil von mindestens zehn Prozent erbringen müssen?

Antwort:

Schulsozialarbeit wurde in Thüringen in den zurückliegenden Jahren zunächst als Landesprogramm modellhaft aufgebaut, eingeführt und verstetigt. In dieser Einführungs- und Aufbauphase konnte eine Vollfinanzierung durch das Land im Ausnahmefall sachlich gerechtfertigt sein, um Strukturen aufzubauen, fachliche Standards zu entwickeln und Schulsozialarbeit in der Fläche zu etablieren. Mit der erfolgreichen Etablierung des Landesprogramms ist Schulsozialarbeit nicht mehr als modellhafte Anschubförderung zu bewerten, sondern als regelhafter Bestandteil der Kinder- und Jugendhilfe.

Schulsozialarbeit ist gemäß § 13a des Achten Buches Sozialgesetzbuch (SGB VIII) eine Pflichtaufgabe der örtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe; in Thüringen sind dies die Landkreise und kreisfreien Städte. § 19a des Thüringer Kinder- und Jugendhilfe-Ausführungsgesetzes (ThürKJHAG) flankiert diese Aufgabenwahrnehmung landesrechtlich. Das Land unterstützt die örtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe bei der Erfüllung dieser Pflichtaufgabe durch die Gewährung von Zuschüssen, übernimmt die Aufgabe jedoch nicht.

Der kommunale Eigenanteil trägt der gesetzlichen Aufgaben- und Steuerungsverantwortung der örtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe Rechnung und stärkt zugleich die örtliche Jugendhilfeplanung, die bedarfsgerechte Ausgestaltung sowie die verbindliche Mitverantwortung der Kommunen.

Haushaltsrechtlich ist die Förderung an die gesetzlich vorgegebene Mindestförderung nach § 19a Abs. 3 ThürKJHAG, weitere darüber hinaus verfügbare Landesmittel sowie an die Grundsätze der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit gebunden. Das Land unterstützt die Wahrnehmung der kommunalen Aufgabe weiterhin in erheblichem Umfang, übernimmt sie aber nicht vollständig. Eine dauerhafte Vollfinanzierung kommunaler Aufgaben durch das Land ist nach der Thüringer Landeshaushaltsordnung und den hierzu erlassenen Verwaltungsvorschriften ausgeschlossen. Die Ausgestaltung als Anteilsfinanzierung mit einem Landesanteil von bis zu 90 Prozent und einem kommunalen Mindestanteil von zehn Prozent stellt eine rechtssichere, haushaltskonforme und fachlich sachgerechte Förderstruktur sicher.

3. Welche Verbände, kommunalen Spitzenverbände, freien Träger, Fachstellen, Jugendhilfeausschüsse oder sonstigen Akteure wurden im Vorfeld der neuen Richtlinie beteiligt und welche Einwände, Hinweise oder Änderungsvorschläge wurden insbesondere zur 10-Prozent-Eigenbeteiligung, zur Weiterleitung der Mittel und zur Finanzierung freier Träger vorgetragen?

Antwort:

Im Rahmen eines ersten Anhörungsverfahrens im März 2025 zum 1. Entwurf der Neufassung der Förderrichtlinie wurden der Thüringische Landkreistag, der Gemeinde- und Städtebund Thüringen, die LIGA der Freien Wohlfahrtspflege in Thüringen e. V., der Landesjugendhilfeausschuss Thüringen und die Landesarbeitsgemeinschaft §§ 11 bis 14 SGB VIII, ORBIT Thüringen e. V. und das Landesverwaltungsamt beteiligt. In diesem Entwurf wurde der verpflichtende Eigenanteil noch nicht ausgewiesen, demnach gab es hierzu keine Einwände oder Anmerkungen. Auch zur Weiterleitung der Mittel und zur Finanzierung freier Träger wurden keine Einwände vorgetragen.

Im Rahmen eines zweiten Anhörungsverfahrens im November 2025 zum 2. Entwurf der Neufassung der Förderrichtlinie wurden der Thüringische Landkreistag und der Gemeinde- und Städtebund Thüringen mit Blick auf die geforderte zehnprozentige Eigenbeteiligung beteiligt. Hier wurde seitens des Gemeinde- und Städtebunds Thüringen eine grundlegende Kritik an der Umstellung auf die Anteilsfinanzierung und die geforderte Beteiligung der Landkreise und kreisfreien Städte in Höhe von mindestens zehn Prozent vorgetragen. Der Thüringische Landkreistag stellte dar, dass die im Entwurf vorgesehene Anteilsfinanzierung die Landkreise vor enorme finanzielle und verfahrenstechnische Herausforderungen stelle und einen zusätzlichen Bürokratie- und Verwaltungsaufwand begründe, der dem allseits geforderten Erhalt und bedarfsgerechten Ausbau der Schulsozialarbeit an Schulen in Thüringen entgegenstehe.

4. Welche Landesmittel beziehungsweise stehen für die Schulsozialarbeit in Thüringen in den Jahren 2022, 2023, 2024, 2025 und 2026 jeweils zur Verfügung und in welcher Höhe wurden beziehungsweise werden diese Mittel jeweils bewilligt, abgerufen und verausgabt (bitte nach Jahren sowie Landkreisen und kreisfreien Städten aufschlüsseln)?

Antwort:

Zur Beantwortung wird auf die Tabelle als Anlage dieser Kleinen Anfrage verwiesen. An dieser Stelle wird darauf hingewiesen, dass in den Jahren 2022 bis 2025 die fachliche Begleitung der Schulsozialarbeit, die durch ORBIT Thüringen übernommen wurde, Landesmittel aus der Richtlinie Schulsozialarbeit erhalten hat. Aus diesem Grund ergeben sich in den ausgewiesenen Summenangaben Differenzen zu den im Haushaltsplan und in der Haushaltsrechnung ausgewiesenen Beträgen.

In Vertretung
Götze
Staatssekretär

Anlage*

* Auf einen Abdruck der Anlage wird verzichtet. Die Anlage steht unter der oben genannten Drucksachennummer elektronisch im Abgeordneteninformationssystem und in der Parlamentsdatenbank unter der Internetadresse <https://parldok.thltcloud.de/parldok> zur Verfügung. Die Fragestellerin und die Fraktionen erhalten je ein Exemplar der Anlage in der Papierfassung.

Anlage: Kleine Anfrage Nr. 2633 der Abgeordneten Stark (Die Linke) – Auswirkungen der neuen Richtlinie Schulsozialarbeit (2026 bis 2030) auf Finanzierung, Bedarfsdeckung und freie Träger in Thüringen - Landesmittel 2022 bis 2026

Tabelle 1: Landesmittel 2022

<i>Landkreise und kreisfreie Städte</i>	zur Verfügung stehende Landesmittel für Schulsozialarbeit	bewilligte Landesmittel für Schulsozialarbeit	abgerufene Landesmittel für Schulsozialarbeit	verausgabte Mittel für Schulsozialarbeit
Altenburger Land	1.237.164 €	1.132.449 €	1.132.449 €	1.132.449 €
Eichsfeld	1.051.056 €	1.051.056 €	1.051.056 €	1.051.056 €
Gotha	1.665.049 €	1.665.049 €	1.665.049 €	1.665.049 €
Greiz	948.738 €	924.221 €	924.221 €	924.221 €
Hildburghausen	578.806 €	578.806 €	568.200 €	568.200 €
Ilm-Kreis	1.271.938 €	1.218.351 €	1.150.020 €	1.150.020 €
Kyffhäuserkreis	1.004.547 €	1.004.547 €	985.000 €	950.000 €
Nordhausen	1232.822 €	1.210.520 €	1.187.000 €	1.187.000 €
Saale-Holzland-Kreis	803.409 €	735.485 €	650.000 €	650.000 €
Saale-Orla-Kreis	865.277 €	822.289 €	817.671 €	817.671 €
Saalfeld-Rudolstadt	1.083.908 €	1.008.902 €	1.008.902 €	1.008.902 €
Schmalkalden-Meiningen	1.165.954 €	1.059.930 €	659.472 €	659.472 €
Sömmerda	794.734 €	758.445 €	758.445 €	758.445 €
Sonneberg	528.476 €	528.475 €	483.795 €	483.795 €
Unstrut-Hainich-Kreis	1.464.109 €	1.377.300 €	1.159.009 €	1.159.009 €
Wartburgkreis	1.093.125 €	1.708.182 €	1.700.599 €	1.700.599 €
Weimarer Land	926.715 €	919.627 €	861.690 €	861.690 €
Erfurt	3.334.360 €	3.261.792 €	3.245.024 €	3.245.024 €
Gera	1.606.102 €	1.456.804 €	1.397.953 €	1.397.953 €
Jena	1.419.014 €	1.314.180 €	1.314.180 €	1.314.180 €
Suhl	305.134 €	305.135 €	305.135 €	305.135 €
Weimar	926.715 €	919.627 €	861.690 €	861.690 €
Summe	25.307.152 €	24.961.172 €	23.886.560 €	23.851.560 €

--	--	--	--	--

Tabelle 2: Landesmittel 2023

Landkreis/kreisfreie Stadt	zur Verfügung stehende Landesmittel für Schulsozialarbeit	bewilligte Landesmittel für Schulsozialarbeit	abgerufene Landesmittel für Schulsozialarbeit	verausgabte Mittel für Schulsozialarbeit
Altenburger Land	1.170.501 €	1.063.112 €	1.057.154 €	1.057.154 €
Eichsfeld	1.043.678 €	1.043.678 €	1.012.502 €	1.012.502 €
Gotha	1.660.431 €	1.660.431 €	1.660.431 €	1.660.431 €
Greiz	872.216 €	872.184 €	872.184 €	802.230 €
Hildburghausen	549.838 €	277.509 €	266.340 €	266.340 €
Ilm-Kreis	1.283.074 €	1.153.728 €	1.127.551 €	1.127.551 €
Kyffhäuserkreis	1.013.118 €	1.013.118 €	1.013.118 €	965.952 €
Nordhausen	1.243.801 €	1.227.064 €	1.227.064 €	1.194.725 €
Saale-Holzland-Kreis	752.739 €	752.738 €	752.738 €	752.738 €
Saale-Orla-Kreis	824.829 €	824.829 €	824.829 €	805.090 €
Saalfeld-Rudolstadt	1.038.469 €	1.038.373 €	1.038.373 €	1.038.373 €
Schmalkalden-Meiningen	1.195.894 €	1.036.258 €	906.938 €	876.096 €
Sömmerda	807.544 €	807.544 €	793.328 €	793.328 €
Sonneberg	528.017 €	527.059 €	497.205 €	497.205 €
Unstrut-Hainich-Kreis	1.435.259 €	1.380.765 €	1.355.726 €	1.308.154 €
Wartburgkreis	1.736.858 €	1.619.004 €	1.613.209 €	1.613.209 €
Weimarer Land	970.936 €	886.927 €	884.722 €	845.739 €
Erfurt	3.414.274 €	3.414.274 €	3.372.884 €	3.351.037 €
Gera	1.655.185 €	1.440.046 €	1.416.742 €	1.406.338 €
Jena	1.389.765 €	1.389.764 €	1.383.029 €	1.383.029 €
Suhl	307.893 €	307.893 €	307.893 €	307.893 €
Weimar	1.170.501 €	990.954 €	990.954 €	983.331 €
Summe	25.885.273 €	24.727.252 €	24.374.912 €	24.048.444 €

Tabelle 3: Landesmittel 2024

Landkreis/kreisfreie Stadt	Zur Verfügung stehende Landesmittel für Schulsozialarbeit	Bewilligte Landesmittel für Schulsozialarbeit	Abgerufene Landesmittel für Schulsozialarbeit	Verausgabte Mittel für Schulsozialarbeit
Altenburger Land	1.170.505 €	994.869 €	994.869 €	994.869 €
Eichsfeld	1.043.682 €	1.043.682 €	1.043.682 €	1.043.682 €
Gotha	1.660.437 €	1.504.176 €	1.504.176 €	1.409.176 €
Greiz	872.219 €	754.097 €	754.097 €	680.674 €
Hildburghausen	549.840 €	467.336 €	467.336 €	463.984 €
Ilm-Kreis	1.283.079 €	1.090.551 €	1.090.551 €	1.090.551 €
Kyffhäuserkreis	1.013.122 €	1.013.122 €	1.013.122 €	1.002.122 €
Nordhausen	1.243.806 €	1.243.806 €	1.243.806 €	1.243.806 €
Saale-Holzland-Kreis	752.742 €	594.374 €	594.374 €	594.374 €
Saale-Orla-Kreis	824.832 €	824.832 €	824.832 €	812.971 €
Saalfeld-Rudolstadt	1.038.473 €	1.038.473 €	1.038.473 €	1.038.473 €
Schmalkalden-Meiningen	1.195.898 €	967.195 €	891.835 €	869.250 €
Sömmerda	807.547 €	807.547 €	807.547 €	807.547 €
Sonneberg	528.019 €	519.692 €	519.692 €	519.692 €
Unstrut-Hainich-Kreis	1.435.265 €	1.205.300 €	1.134.271 €	1.073.658 €
Wartburgkreis	1.736.591 €	1.719.447 €	1.719.447 €	1.719.447 €
Weimarer Land	970.940 €	891.881 €	891.881 €	863.594 €
Erfurt	3.414.287 €	3.212.133 €	3.212.133 €	3.212.133 €
Gera	1.655.191 €	1.584.551 €	1.584.551 €	1.561.224 €
Jena	1.389.770 €	1.389.770 €	1.389.770 €	1.389.770 €
Suhl	307.895 €	307.895 €	307.895 €	307.895 €
Weimar	990.958 €	989.913 €	989.913 €	989.913 €
Summe	25.885.098 €	24.164.641 €	24.018.253 €	23.688.805 €

Tabelle 4: Landesmittel 2025

Landkreis/kreisfreie Stadt	Zur Verfügung stehende Landesmittel für Schulsozialarbeit	Bewilligte Landesmittel für Schulsozialarbeit	Abgerufene Landesmittel für Schulsozialarbeit	Verausgabte Mittel für Schulsozialarbeit
Altenburger Land	1.227.765 €	1.227.765 €	1.227.765 €	1.227.765 €
Eichsfeld	1.073.922 €	1.043.682 €	1.043.682 €	1.043.682 €
Gotha	1.708.547 €	1.708.547 €	1.708.547 €	1.537.547 €
Greiz	897.491 €	897.491 €	897.491 €	779.504 €
Hildburghausen	565.771 €	549.840 €	549.840 €	549.840 €
Ilm-Kreis	1.320.255 €	1.320.255 €	1.250.300 €	1.250.300 €
Kyffhäuserkreis	1.078.041 €	1.078.041 €	1.078.041 €	1.078.041 €
Nordhausen	1.279.844 €	1.279.844 €	1.279.844 €	1.272.261 €
Saale-Holzland-Kreis	781.952 €	781.952 €	781.952 €	781.952 €
Saale-Orla-Kreis	848.731	848.731 €	848.731 €	848.731 €
Saalfeld-Rudolstadt	1.078.041 €	1.078.041 €	1.118.562 €	1.118.562 €
Schmalkalden-Meiningen	1.230.549 €	977.204 €	889.531 €	873.467 €
Sömmerda	830.945 €	830.945 €	830.945 €	830.945 €
Sonneberg	543.318 €	528.964 €	528.964 €	528.964 €
Unstrut-Hainich-Kreis	1.476.850 €	1.259.843 €	1.259.199 €	1.198.765 €
Wartburgkreis	1.786.908 €	1.786.908 €	1.786.908 €	1.786.908 €
Weimarer Land	999.072 €	983.847 €	983.750 €	964.713 €
Erfurt	3.513.213 €	3.414.287 €	3.414.287 €	3.414.287 €
Gera	1.703.149 €	1.703.149 €	1.666.984 €	1.643.744 €
Jena	1.430.038 €	1.447.867 €	1.447.867 €	1.447.867 €
Suhl	316.816 €	316.816 €	316.816 €	316.816 €
Weimar	1.019.670 €	1.069.670 €	1.069.670 €	1.069.670 €
Summe	26.710.888 €	26.174.210 €	25.979.674 €	25.564.332 €

Tabelle 5: Landesmittel 2026

Landkreis/kreisfreie Stadt	Zur Verfügung stehende Landesmittel für Schulsozialarbeit	Bewilligte Landesmittel für Schulsozialarbeit	Abgerufene Landesmittel für Schulsozialarbeit	Verausgabte Mittel für Schulsozialarbeit
Altenburger Land	1.362.079 €	1.362.079 €	500.000 €	500.000 €
Eichsfeld	1.093.611 €	- €		
Gotha	1.711.265 €	1.711.265 €		
Greiz	947.792 €	947.393 €	395.000 €	395.000 €
Hildburghausen	547.526 €	547.526 €		
Ilm-Kreis	1.309.006 €	1.263.819 €		
Kyffhäuserkreis	1.012.330 €	1.012.330 €		
Nordhausen	1.266.323 €	1.266.323 €		
Saale-Holzland-Kreis	752.524 €	752.524 €	287.000 €	287.000 €
Saale-Orla-Kreis	804.684 €	804.684 €	280.000 €	280.000 €
Saalfeld-Rudolstadt	1.217.433 €	1.217.433 €	500.000 €	500.000 €
Schmalkalden-Meiningen	1.287.805 €	1.100.316 €	192.466 €	192.466 €
Sömmerda	750.878 €	750.878 €		
Sonneberg	520.634 €	520.634 €		
Unstrut-Hainich-Kreis	1.501.326 €	1.447.331 €	429.585 €	429.585 €
Wartburgkreis	1.774.662 €	1.774.662 €		
Weimarer Land	1.024.733 €	957.114 €	526.018 €	526.018 €
Erfurt	3.401.954 €	3.401.954 €	1.300.000 €	1.300.000 €
Gera	2.012.440 €	1.716.446 €	528.727 €	528.727 €
Jena	1.443.834 €	1.443.834 €		
Suhl	328.218 €	- €		
Weimar	1.039.043 €	1.039.043 €		
Summe	27.110.100 €	25.037.587 €	4.938.796 €	4.938.796 €